

Gesundheit und Krankenversicherung sind zwei Probleme, welche uns alle, aber insbesondere die älteren Leute, gegenwärtig stark beschäftigen. Wir haben diesen Themen einen besonderen Platz in diesem Bulletin eingeräumt. Wir danken den drei Autoren herzlich für ihre Beiträge.

Edmée Buclin-Favre, Präsidentin

Altwerden, eine Frage der Solidarität

Die Lebensqualität der älteren Menschen ist eine Problematik, womit sich unsere westlichen Gesellschaften lange Zeit nicht befasst haben. Welche Behandlung wird einer über 65-jährigen Person angeboten, wenn sie krank wird und Spitalpflege benötigt? Nimmt man überhaupt Kenntnis von ihren Bedürfnissen?

Während vielen Jahren, bevor es das Cesco*) und Sterbehilfe gab, wurden kranke Personen vor ihrem Tod in den Badezimmern der Spitäler abgelegt. Das waren Orte wie Todeszellen, isoliert vom Rest der Welt. Noch heute kann die Gesellschaft mit dem Altwerden schlecht umgehen. Ältere Menschen sind oft allein, man hört kaum auf sie und in den Städten weiss man nicht, wie man sie noch integrieren kann.

Und dennoch gibt es Lösungen. Sich besser ernähren, sich mehr bewegen, menschenwürdige Lebensbedingungen fordern, Ungerechtigkeiten bekämpfen, gesellschaftlichen Anschluss suchen. Ohne solche Lösungen geht es nicht. Die Ueberalterung der Bevölkerung ist eine der grossen Herausforderungen des dritten Jahrtausend. Ältere Leute werden in vielen Situationen einfach beiseite geschoben. Der Preis dieser fehlenden Solidarität ist jedoch viel höher als derjenige einer wahrhaftigen Integrationspolitik.

Die Lebensqualität und die Gesundheit des Einzelnen stehen auf dem Spiel. Das geht aus der Tatsache hervor, dass die Vereinsamung zu zahlreichen Unfällen und Leiden führt (Knochenbrüche, diverse Leiden, neuro-vegetative Krankheiten), welche meistens nur nach einem längeren Spitalaufenthalt geheilt werden können. Die Ausgrenzung der älteren Menschen wird zum grossen Problem unserer Wohlstands-Gesellschaft. Sie ist menschlich unerträglich und zu teuer.

Die Vereinsamung

In den Städten hat der gesellschaftliche Zusammenhang stark gelitten und es gibt dort heute viele einsame Menschen. Die Einsamkeit ist eine wesentliche Ursache von Krankheiten und die älteren Leute sind stärker bedroht als die Jungen. Um Abhilfe zu schaffen, braucht es Unterstützung. Früher konnte der Briefträger Situationen der Vereinsamung feststellen und weiter melden, ebenso der Hauswart. Heute ist das nicht mehr so einfach. Einer Gesellschaft, die sich als fortschrittlich bezeichnet, muss es gelingen, die Vereinsamung aufzuhalten.

Die Unterernährung

Noch schlimmer! Wissen Sie, dass in Genf die Hälfte der über 65-jährigen Personen unterernährt sind?

Welches sind die Ursachen dieses Phänomens, von dem man denkt, dass es nur in der Dritten Welt existiert?

Fragen Sie ältere Leute aus Ihrem Bekanntenkreis: Die meisten werden antworten, dass sie lieber zu Hause bleiben und nicht in ein Altersheim abseits von ihrem Quartier und ihren Gewohnheiten umziehen wollen. Zu Hause bleiben heisst aber, Mitmenschen um sich haben, sowie praktische Unterstützung im täglichen Leben (Lieferung von Mahlzeiten und Produkten für den täglichen Gebrauch, menschliche Kontakte). Eine Umfrage im Quartier Pâquis bei 132 über 80-jährigen Personen hat ergeben, dass 10% leere Kühlschränke hatten und bei 30% enthielten die Kühlschränke alte oder sogar gesundheitsgefährdende Esswaren. Alle Befragten erklärten jedoch, dass ihre Ernährung korrekt sei. Jene Leute, deren Kühlschränke leer waren, mussten sich aber dreimal öfters in Spitalpflege begeben.

Wenig oder überhaupt nichts essen kann Muskelschwäche oder Knochenleiden bewirken, welche die Risiken von Spitalbehandlungen erhöhen. Solche Beschwerden sind jedoch nur Nebenerscheinungen der unerträglichen Einsamkeit dieser Personen. Das Krankenhaus wird für sie zu einem Ort der gesellschaftlichen Eingliederung, eine Art und Weise, der Einsamkeit zu entkommen.

Lösungen zeichnen sich ab, aber die Ueberalterung der Bevölkerung hat in der Politik keine Priorität und deren Lösungen sind oft unangebracht.

Nehmen wir das Beispiel der Hauslieferung von Mahlzeiten. Sie können eine Hilfe sein zur Ueberwindung einer Krise, sollten aber nicht zu einer dauerhaften Einrichtung werden, denn das Gefühl der Einsamkeit der bedienten Person wird dadurch eher noch erhöht. Der Ueberbringer des Essens nimmt an der Mahlzeit nicht teil. Heute weiss man jedoch, dass der Mensch im Durchschnitt 25% mehr isst, wenn er sich in Gesellschaft von anderen Personen befindet, als wenn er alleine ist. Im weiteren sei es erlaubt, die Qualität solcher Mahlzeiten in Bezug auf Gehalt an Kalorien, Protein und Vitaminen zu bezweifeln.

Die Unterernährung kommt auch von der falschen Idee her, welche die Aerzte lange unterstützten, dass man mit zunehmendem Alter weniger Nahrung benötige. Ebenso falsch ist die Ansicht, dass man im Seniorenalter immer weniger von seinen Rechten in Anspruch nehmen könne (auf diesen Punkt werden wir noch zurückkommen). Untersuchungen haben ergeben, dass man zwischen 40 und 80 die Ernährung nur um 10% senken soll. Eine unter 40-jährige Person

braucht pro Tag 2500 Kalorien. Somit benötigt eine 80-jährige noch 2250, um in Form zu sein.

Je älter man wird, desto höher sind die Ansprüche an die Ernährung. Da man weniger Hunger hat, sollte man das Essen besser auf den Tag verteilen und dieses sollte eine gute Dosis an Kalzium und Protein aufweisen.

Die Aerzte tragen eine grosse Verantwortung an den Nahrungs-Defiziten der älteren Menschen. Bei Anzeichen wie Cholesteroll, Zucker, hoher Blutdruck, verbieten sie gewisse Nahrungsmittel und da die Patienten sehr gewissenhaft sind, befolgen sie manchmal mehrere Verbote gleichzeitig. Das Resultat ist Unterernährung. Kann man das akzeptieren?

Die Vernunft des Volkes

Man sollte dafür sorgen, dass ältere Menschen mehr essen. So werden sie weniger müde und können äusseren Einflüssen besser widerstehen. Ferner sollte die Nahrung genügend Protein enthalten, das heisst Milch, Fleisch, Milchprodukte und Eier (Eier sind das Nahrungsmittel, welches am meisten Aminosäure enthält. Diese ist wichtig für den Körper und gleichwohl hat man den älteren Leuten während vielen Jahren vom Konsum von Eiern abgeraten, mit dem Hinweis, dass diese zu einer Erhöhung des Cholesterols führen). Man verbietet die besten Proteine, die auch noch die billigsten sind, ohne dafür wissenschaftliche Argumente zu haben. Dass das falsch ist zeigt die gegenwärtige Tendenz in der Ernährung der älteren Leute.

"Hühnermilch", d.h. Eigelb mit Zucker und heissem Wasser, das alt hergebrachte Rezept, fördert den Stoffwechsel, ist gut für die Muskeln, die Knochen, das Gehirn, stärkt die natürlichen Abwehrkräfte und hat eine besondere Wirkung auf die Wachstumshormone. Als der Dopingskandal im Radsport bekannt wurde, hatte man Herrn Samaranch vorgeschlagen, ebenfalls den Radfahrern "Hühnermilch" zu verabreichen. Der Vorschlag wurde nicht angenommen. Vielleicht wäre das eine gute Idee für Sie?

In Meinier, Kanton Genf, soll man doch Hühner halten und "Hühnermilch" für Jung und Alt, für Fussballer und Senioren produzieren!

Man versuchte herauszufinden, welches Element dieses Rezeptes einen so entscheidenden Einfluss auf die Gesundheit hat. Es wurden

wissenschaftliche Studien veranstaltet. Man hat ein Produkt geschaffen, das die Mineralien, die Vitamine und Zucker, gleichwertig mit "Hühnermilch", enthielt, alsdann ein weiteres, bei dem man 20 Gramm Protein beigab. So hat man wissenschaftlich festgestellt, dass nur die Proteine den Unterschied ausmachen.

Verbote weniger beachten

Innerhalb von 20 Jahren hat sich die Mentalität in Sachen Ernährung geändert, von Verboten hin zur kleinen Zugabe, ein Stück Käse, ein Ei, jeweils um gewisse Mängel zu korrigieren und das Gleichgewicht wieder herzustellen.

In diesem Bereich bestehen keine Risiken. Eine einzige Studie hat auf die Gefahren des übermässigen Konsums von Proteinen hingewiesen: Ein Risiko besteht, wenn man ungefähr 2 Gramm Protein pro Tag und pro Kilo Körpergewicht zu sich nimmt, das heisst zirka 100 Gramm, was drei Steaks entspricht. Bei gewissen Krankheiten, wie Nierenleiden, muss man jedoch auf die Proteine aufpassen, allerdings ohne ganz auf sie zu verzichten. Man soll eine gewisse Grenze nicht unterschreiten, sonst leiden lebenswichtige Funktionen.

Schlussfolgerung

Die Ueberalterung der Bevölkerung wird uns vor grosse Probleme in den Bereichen Gesellschafts- und Sozialpolitik, Wirtschaft und Kultur stellen. Unsere Zukunft wird massgebend davon bestimmt, ob wir ab heute diese Umschichtung in richtige Bahnen leiten können.

Prof. Charles-Henri Rapin,
Chefarzt Universitätsspitaler Genf

**) Centre de Soins Continus de Genève*

In Genf gibt es pro Jahr durchschnittlich etwa 450 Oberschenkelbrüche. Wir wollten wissen warum, indem wir unter anderem den Anteil an Vitamin D im Blut der Patienten dosierten (Vitamin D hat zuverlässige Aussagekraft über gute Ernährung). Das gab uns Aufschluss über den Zusammenhang zwischen Ernährung und Knochenbruch. Die Resultate waren derart überraschend, dass wir die Untersuchung dreimal wiederholten. 80% der Patienten litten unter schlechter oder mangelnder Ernährung.

KVG, Chronik einer therapeutischen Verbissenheit

Feststellung: Seit dem 1. Januar 1996, als das Krankenversicherungsgesetz, KVG, in Kraft trat und man uns tiefere Prämien versprach, sind diese laufend gestiegen, und zwar dermassen, dass ein grosser Teil der Bevölkerung ganz oder teilweise auf Bundes- oder Kantonssubventionen angewiesen ist. Sowohl für das Bundesamt für Sozialversicherung, BSV, wie auch für die Leistungserbringer und die Versicherer ist Kritik leichter als Selbsturteil. Gibt es überhaupt jemand, der das Problem in unserem Land genügend kennt und der in der Lage wäre, die richtigen Fragen zu stellen und alsdann realistische Lösungen vorzuschlagen, damit diese ständigen Erhöhungen der Prämien gestoppt werden können? Die Versicherten spielen all zu oft nur eine Zuschauerrolle. Sie können lediglich Jahr für Jahr auf die Suche nach der billigsten Versicherungsgesellschaft gehen.

Ein perverses System

Noch niemand hat es gewagt, das zentrale Problem anzusprechen. Dieses besteht in der Art und Weise der Prämienfestlegung und an dieser Situation sind viele Parlamentarier mit ihren all zu freundschaftlichen Beziehungen zu Versicherungsgesellschaften nicht unschuldig. Man stellt die Prämienhöhungen lieber dar als lediglich eine direkte und unausweichliche Folge der Teuerung im Gesundheitswesen und man findet, dass eben in dieser Richtung nach Lösungen gesucht werden muss. Logischerweise sollte man jedoch zuerst abklären, welchen Einfluss die Gesundheitskosten auf die Prämiengestaltung haben, bevor man diese Kosten zu drücken versucht. Wie kann man den Verkaufspreis eines Produktes festlegen, ohne vorher den Ankaufspreis zu kennen? Es wäre ein Trugschluss, das Gesundheitswesen der freien Konkurrenz unterstellen zu wollen. Dabei macht es den Anschein, als ob alle

grundlegenden, wirtschaftlichen Regeln einfach übergangen wurden. Wie kann man es sich anders erklären, dass die Behörden uns Jahr für Jahr empfehlen, die billigste Krankenkasse zu wählen, wobei die Reserven jeweils in der alten Kasse zurückbleiben und die Mitglieder mit der Bildung von Reserven in der neuen Kasse von vorne anfangen müssen? Dabei werden gleichzeitig die Prämien der in der Kasse verbleibenden Versicherten erhöht. Diese ständigen Kassenwechsel haben störende Auswirkungen im Bereich der Zusatzversicherungen, denn diese unterliegen nicht dem KVG, sondern dem Versicherungsgesetz. Somit kann eine Versicherungsgesellschaft eine ältere, kranke Person ablehnen oder sie nur mit Vorbehalten aufnehmen. Solche Personen haben dann eine Krankenkasse für die Basisversicherung und eine andere Kasse für die Zusatzversicherungen.

Die Kosmetik des Bundes

Anstatt die Krankenkassen zu wirklicher Transparenz zu verpflichten, hat das Parlament begonnen, und die Tendenz wird diesen Herbst weiter gehen, der Ärzteschaft zwingende Vorschriften zu auferlegen, welche schwerwiegende Folgen für die Versicherten haben. Das Parlament hat eine Klausel akzeptiert, wonach der Bundesrat die Einrichtung von neuen Arztpraxen begrenzen dürfte. Der Vorwand, dass mit dem Inkrafttreten der Bilateralen Verträge eine Zuwanderung von ausländischen Aerzten in den Grenzkantonen stattfinden würde, war trügerisch. Jetzt sind alle Aerzte von der Begrenzung betroffen, landesweit und ohne Unterscheidung in Bezug auf die Spezialisierung. Bisher ist dieser Beschluss von der Bevölkerung lediglich als Ungerechtigkeit gegenüber den jungen Aerzten wahrgenommen worden, die sich während Jahren in öffentlichen Spitälern auf eine private Praxis vorbereiteten. Das war jedoch nur ein Versuchsballon, denn der Bundesrat wollte wissen, wie gross die Solidarität unter schweizer Aerzten ist, bevor er den nächsten Schritt unternimmt, nämlich die Abschaffung des Vertragszwangs.

Die freie Aertzewahl

Gegenwärtig sind die Krankenkassen verpflichtet, die Rechnungen aller diplomierten, ordnungsgemäss eingerichteten Aerzte zu bezahlen. Da man gegenüber gewissen "schwarzen Schafen" in Zukunft strenger vorgehen will, ist die Rede davon, dass Krankenkassen eine Liste von Aerzten erstellen können, deren Rechnungen sie nicht honorieren. Das heisst, dass Krankenkassen die Möglichkeit haben, gewisse Aerzte auszuschliessen und dass dann die Versicherten den Arzt wechseln oder die Kosten selber tragen müssen. Einmal mehr würde der Staat eine zu grosse, unkontrollierbare Vollmacht an die Kassen übertragen, welche diese Freiheit missbrauchen können. Glauben Sie wirklich, dass auf solchen Listen nur Aerzte figurieren werden, welche zum Beispiel bei einem Rezept oder einer ärztlichen Analyse zu weit gegangen sind? Natürlich nicht. Ein Arzt, welcher sich mit Ueberzeugung für seinen Patienten einsetzt, sei es für ein Rezept oder für die Erklärung einer Arbeitsunfähigkeit, und der somit den berühmten "Vertrauensärzten" widerspricht, wird als Kostensteigerer betrachtet und ausgeschlossen. Allmählich wird es so weit kommen, dass Krankenkassen nur noch Rechnungen bezahlen von "gehorsamen" Aerzten, welche dann ständig Angst haben, zu den Ausgestossenen deklassiert zu werden. Sie werden sich zuerst um ihre wirtschaftliche Sicherheit kümmern und erst dann um ihre Patienten. Die Versicherten werden sich gegen einen solchen Irrweg wehren, wenn nötig mit einem Referendum, denn sie sind die Leidtragenden dieser Ungerechtigkeit. Der Beziehung Arzt – Patient liegt ein Vertrauensverhältnis zu Grunde und Vertrauen kann sich nicht bilden, wenn der Arzt sich in seinen Handlungen ständig gehemmt fühlt.

Die Initiativen

Die SVP hat eine Initiative gestartet, weil sie der Ansicht ist, dass gemäss KVG zu viele Leistungen vergütet werden und dass mit Leistungskürzungen Kosten gespart werden können. Diese Initiative basiert auf der Ueberlegung, dass Kosten dann reduziert werden können, wenn weniger Leistungen erbracht werden. Nach dieser Denkweise kann man überhaupt alles abschaffen, dann kostet es nichts mehr. Der SVP missfallen nicht die Kosten selbst, sondern deren Rückerstattung durch das KVG. Das lobenswerte Ziel des KVG besteht jedoch darin, allen Leuten erstklassige, ärztliche Dienste anzubieten. Tatsächlich kann man einzelne Leistungen als überflüssig betrachten. Diese sind jedoch derart unbedeutend, dass sie die Gesundheitskosten kaum beeinflussen. Die SP hingegen ist der Meinung, dass die Prämien vom Einkommen der Versicherten abhängig sein sollten. Diese Initiative hat auch eine gewisse Logik. Insofern die Prämien der anderen Sozialversicherungen in Prozenten des Einkommens der Versicherten festgelegt werden, ist es unverständlich, dass die Krankenkassenprämien nicht auch nach diesem Prinzip erhoben werden. Vergessen wir jedoch nicht, dass schon heute ein grosser Teil der Steuern in Form von Subventionen den Personen dienen, welche nicht in der Lage sind, ihre Krankenkassenprämien zu bezahlen. Man kann sagen, dass die reicheren Leute durch die Steuern einen Teil der Krankenkassenprämien der ärmeren Leute bezahlen. Bei einkommensabhängigen Prämien müsste dann logischerweise eine entsprechende Reduktion auf den Einkommenssteuern gewährt werden, denn die Subventionierung von Krankenkassen durch Bund und Kantone wäre dann nicht mehr nötig. Die Schwäche dieser beiden Initiativen liegt jedoch anderswo. Diejenige der SVP konzentriert sich auf die Kosten und diejenige der SP auf die Art und Weise, wie die Kosten zu decken sind. Keine der beiden fragt sich jedoch, ob die Prämien den wirklich entstandenen Kosten entsprechen oder ob sie nicht missbräuchlich erhöht werden. In diesem Sinn hat das RAS (Rassemblement des Assurés et des Soignants / Gruppierung des versicherten Pflegepersonals) eine Initiative "Um die Prämien der Krankenversicherung zu meistern" lanciert, deren Ziel eine echte Transparenz in der Prämiengestaltung ist. Diese Initiative sieht unter anderem vor, dass die durch die Kassen gebildeten Reserven nicht durch die Kassen selbst, sondern durch eine unabhängige Institution verwaltet werden, sodass sie bei einem Kassenwechsel nicht jeweils neu gebildet werden müssen. Es ist ebenfalls vorgesehen, dass die Prämien gemäss den wirklichen Gesundheitskosten festgelegt werden und nicht gemäss riskanten Voraussagen einer zukünftigen Entwicklung, wie das gegenwärtig geschieht. Wir können Ihnen nur empfehlen, diese Initiative zu unterstützen, deren Text bei den kantonalen Geschäftsstellen der ASSUAS, sowie bei RAS, Postfach 1280, 1001 Lausanne, erhältlich ist.

Schlussfolgerung

Die kommenden Monate werden entscheidend sein für die zukünftige Gestaltung unserer obligatorischen Krankenversicherung. Wir müssen wachsam sein und nicht vergessen, dass eine einzelne Massnahme, die uns scheinbar nicht betrifft, indirekte Folgen haben kann, welche die Versicherten alsdann ertragen müssen. Die Versicherten, die wir alle sind, müssen bei den höchsten Bundesinstanzen mitreden können und dürfen nicht mehr einfach hinnehmen, was an ihrer Stelle entschieden wird.

Mauro Poggia, Vizepräsident ASSUAS, Association de Défense des Usagers en Assurances Sociales / Vereinigung der Interessengemeinschaft der Verbraucher der Sozialversicherungen

Unsicherheit und Angst, ein manchmal komfortables Gemisch

Es vergeht praktisch keine Woche, ohne dass das Thema Unsicherheit in irgend einer Weise in den Medien erscheint, sei es in Form von Tatsachenberichten, Kommentar, Statistik oder Meinungsäusserungen. Es verunsichert Oeffentlichkeit und Behörden und war schon oft das Hauptthema bei politischen Wahlkämpfen. Es wäre übrigens interessant, einen Vergleich anzustellen zwischen dem allgegenwärtigen Thema der Unsicherheit und anderen, dringlichen und unterschwelligen Problemen, wie neue Armut, Arbeitslosigkeit, schwierige Integration eines grossen Teils der Bevölkerung, alles Probleme für die es noch keine befriedigenden Lösungen gibt. Im Bereich Unsicherheit muss man zuerst wissen, wovon man spricht und alsdann eine klare Trennung ziehen zwischen der objektiven Wirklichkeit der Tatsachen – in Ziffern ausgedrückte Unsicherheit – und der subjektiven Angst einer verunsicherten Bevölkerung – das Gefühl der Unsicherheit. Man muss jedoch sehen, dass sich diese beiden Probleme ständig überschneiden, gewollt oder ungewollt. Man gleitet vom einen zum anderen, sowohl bei der Analyse von Situationen wie auch bei der Suche nach Lösungen.

Ueber das Geschehen im Bereich der Unsicherheit liefert uns der Jahresbericht 2001 der Eidg. Polizeidirektion konkrete Angaben. Er sagt aus, dass die Schweiz eines der sichersten Länder Europas bleibt, obwohl bei uns Gewalt eindeutig zunimmt. Der Bericht stellt auch fest, dass unser Hauptproblem darin besteht, dass unser Land als Drehscheibe für das organisierte Verbrechen und den Terrorismus missbraucht wird. Davon werden die Leute im täglichen Leben jedoch kaum berührt. Es ist offensichtlich, dass es sich dabei um eine globale Problematik handelt, denn es bestehen komplexe, internationale Vernetzungen. Zur Bekämpfung dieser Art von Verbrechen braucht es grosse Mittel und einen gleichlautenden politischen Willen von zahlreichen Ländern. Resultate sind jedoch für die meisten Leute nicht erkennbar. Andererseits ist die Zunahme von Gewalt für den Durchschnittsbürger ersichtlilch. Diese soll man nicht bagatellisieren und man soll sie auch nicht darstellen als eine unvermeidliche Erscheinung in der Entwicklung unserer Gesellschaft. Das Gegenteil ist der Fall. Wir müssen der Gewalt mit wirksamen Mitteln auf verschiedenen Gebieten entgegen treten, sei es durch erhöhten Polizeieinsatz in den Quartieren, durch bessere Betreuung der Jungen in und ausserhalb der Schule, durch grössere Unterstützung von

hilfsbedürftigen Familien oder durch andere Massnahmen, die der Eingliederung von Menschen dienen, die am Rande unserer Gesellschaft leben. Hier sind ebenfalls zusätzliche, insbesondere finanzielle Mittel erforderlich. Es handelt sich um eine langfristige, unliebsame Arbeit, die wenig Anerkennung findet.

Im Kapitel der Unsicherheitsgefühle ist die Situation sowohl komplizierter in Bezug auf die Wahrnehmung durch das Publikum als auch einfacher in der Beantwortung. Angstgefühle sind verschwommen und deren Gründe verschiedenster Art (kürzliche Veränderungen in der Gesellschaft und in deren Lebensweise, zunehmende Unsittlichkeiten in den Städten, Verbreitung von Armut, persönliche Probleme). Es werden auch Personen von Angstgefühlen ergriffen, die nicht direkt bedroht wurden und auch keinen Grund haben, es zu werden. Paradoxaerwise sind Angstgefühle oft in jenen Quartieren am grössten, wo effektiv wenig Straftaten begangen werden. Das Quartier Saint-Laurent in Lausanne ist ein typisches Beispiel. Da wo sich das Hauptproblem auf Gefühlsebene befindet, muss man leider feststellen, dass sich die meisten Leute mit symbolischen und auffallenden Antworten begnügen und kein Verlangen nach wirksamer Hilfeleistung empfinden. Zahlreiche Politiker haben die Lage erkannt. Das kürzliche, sehr medienwirksame Auftreten des französischen Ministerpräsidenten bei einigen Polizeiposten oder in schwierigen Vorstadtquartieren verhindert in unserem Nachbarstaat keine einzige Straftat (ebenso wenig wurde die Unterernährung auf dem afrikanischen Kontinent aufgehalten, als vor einigen Jahren ein anderer französischer Minister ein Schauspiel bot, indem er sich vor laufenden Kameras an einem Strand mit einem Sack Reis auf den Schultern präsentierte). Solche, auffällige Darbietungen richten sich an die Gefühle der Bevölkerung, welche den Eindruck erhält, dass man sie ernst nimmt. So werden aber vor allem die Wahlchancen von Populisten aller Art erhöht. Als erstes sollte man jedoch unseren Mitbürgern erklären, auch wenn es unangenehm anzuhören ist, dass ein Klima der Sicherheit nur geschaffen werden kann, wenn eine bessere Eingliederung aller Mitglieder unserer Gesellschaft stattfindet, was eine langfristige, komplizierte Arbeit darstellt, welche, eher als Wahlpropaganda, viel Geduld, Mittel, Zeit und Anstrengung verlangt.

Silvia Zamora, Stadträtin für soziale Sicherheit und Umweltschutz

Neue Mitglieder unseres Zentralvorstandes

Folgende Personen wurden an unserer Delegiertenversammlung vom 18. April 2002 gewählt und wir heissen sie herzlich willkommen:

BORCARD Régine, 1700 Freiburg, diplomierte Krankenschwester, Mitglied des Comité romand und Comité cantonal fribourgeois du Mouvement chrétien des retraités - Vie montante.

FALCONI Giacomo, 6874 Castel San Pietro, ehemals Direktionsmitglied der Kreditanstalt Chiasso, Gemeindepräsident von Castel San Pietro 1984 – 1996. Gegenwärtig Vizepräsident der Associazione Anziani Pensionati Invalidi (AAPI) dell'OCST.

ROTEN Bernadette, 1965 Savièse, Lehrerin, Mitglied des Comité SPR (Société pédagogique de Suisse romande), gegenwärtig Präsidentin der Walliser Vereinigung pensionierter Lehrkräfte und Präsidentin der Walliser Rentnervereinigung.

TISSIERES Roger, 3960 Siders, ehemals Sekretär SMUV Wallis, Präsident der Diaconie "Justice et Paix", Mitglied der Rekurskommission für Arbeitslose, Präsident des M.D.A. (Seniorenbewegung) Wallis.